Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 43 (1949)

Heft: 6

Artikel: Weltrundschau : der Kampf um Deutschland ; Echte oder Trugdemokratie? ; Biegen oder brechen? ; Vermittlung in Griechenland? ; Die Revolution im Fernen Osten ; Reaktion - Sozialismus - Kommunismus

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139253

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

läßt. Bernanos ist jedenfalls in allen seinen Werken, wie selten ein Schriftsteller, seiner eigentümlichen Thematik mit fast monomanischer Einseitigkeit treu geblieben, und wenn man hierin seine Grenze sehen will, so ist er doch innerhalb dieser Begrenzung ein Meister geworden.

Herbert Hug.

Weltrundschau

Der Kampf um Deutschland Es ist mißlich, einen Überblick über die Weltlage geben zu müssen, wenn sich diese Lage an einer zentralen Stelle sozusagen von Tag zu Tag ändert. So kann ich denn vor allem über die *Pariser Viermächtekonferenz,* die jetzt im Vordergrund des politischen Weltbildes steht, nur auf die Gefahr hin berichten, daß meine Bemerkungen längst überholt sind, bis dieses Heft in die Hände des Lesers kommt. Immerhin scheint doch bereits der jetzt überschaubare erste Konferenzabschnitt wesentliche Anhaltspunkte für die Richtung zu geben, in der sich der Kampf um Deutschland, dieses große Thema der Pariser Verhandlungen, weiterentwickeln wird.

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß fast die gesamte Westpresse hinter der seinerzeit so überraschend verkündeten russischen Bereitschaft zu neuen Verhandlungen von vornherein nur wieder ein «Friedensmanöver» witterte und der Sowjetunion die Absicht zuschrieb, die Pariser Konferenz zum Versuch einer Ausdehnung ihres Herrschaftsbereichs über ganz Deutschland zu benützen, während die alten, ehrlichen Westmächte einzig von dem tiefen Wunsch beseelt seien, ohne eigennützige Hintergedanken den braven Deutschen die verdiente Einheit und Freiheit zurückzugeben und ihr Wohlergehen nach Kräften zu fördern. Für ein allfälliges Scheitern der Konferenz wurden darum vorsorglicherweise selbstverständlich die Russen verantwortlich gemacht, die ja nur die wohlgemeinten Bedingungen der Westmächte anzunehmen brauchten, damit der Frieden mit Deutschland (und Österreich) endlich geschlossen werden könne.

Die Tatsachen redeten dann freilich eine andere Sprache. Nicht nur fügten sich die Russen ohne viel Widerrede gleich von Anfang an der unter den Westmächten vereinbarten Tages- und Geschäftsordnung, was schlecht zu ihrem angeblichen Sabotagewillen paßte; sie verzichteten auch von vornherein darauf, «Propagandadiplomatie» zu treiben und die volle *politische* Einigung Deutschlands zu verlangen, die ja wirklich solange Utopie bleiben muß, als der «kalte Krieg» zwischen Ost und West andauert, beschränkten sich vielmehr darauf, vorerst einmal den *wirtschaftlichen* Zusammenschluß Ost- und Westdeutschlands vorzuschlagen, der unter Wiederherstellung der früheren interalliierten Kontrollkommission,

als des gemeinsamen Organs der vier Besetzungsmächte, erfolgen sollte. Dabei sollten an der Verwaltung der Ruhr neben der Sowjetunion auch Polen, die Tschechoslowakei und die Beneluxstaaten beteiligt werden, offenbar in der Meinung, daß die Westmächte ihrerseits auch das jetzt ganz auf polnischem Boden liegende oberschlesische Industriegebiet sollten mitkontrollieren können. Deutschland würde damit – das ist wohl der leitende Gedanke der Russen – der Umwerbung von Ost und West her entzogen und sozusagen *neutralisiert* wie natürlich auch entmilitarisiert, anstatt «atlantisiert», also in aller Form dem westmächtlichen Bündnissystem eingefügt zu werden, was früher oder später unvermeidlicherweise auch zur militärischen Wiederaufrüstung Westdeutschlands führen würde. Es ist somit keine «endgültige» Lösung der deutschen Frage, mit Abschluß eines auf Dauer berechneten Friedensvertrages, was die Sowjetunion im Auge hat, sondern nur die Herstellung eines modus vivendi, eines erträglichen Nebeneinanderlebens von Ost- und Westdeutschland und damit auch von Ost- und Westblock, wobei man in Moskau anscheinend erwartet, daß sich die Notwendigkeit eines Absatzes der steigenden westdeutschen Industrieproduktion in Ostdeutschland auch den Westalliierten mehr und mehr aufdrängen werde.

Die Vertreter der Westmächte, die an den Konferenzsitzungen mit sorgsam verteilten Rollen spielen, lehnten diesen Vorschlag ohne weiteres ab mit der Begründung, er stelle bestenfalls nur Stückwerk dar und mute überdies den Alliierten zu, ihr so vielversprechendes Aufbauwerk in Westdeutschland, namentlich auch die Schaffung eines mehr oder weniger selbständigen westdeutschen Staates, einfach rückgängig zu machen. Ihr eigener Vorschlag, mit dem sie ein paar Tage später herausrückten, ging dann tatsächlich forsch aufs Ganze und mutete den Russen zu, *ihr* Aufbauwerk in der Ostzone preiszugeben, ja auf jede wesentliche Beeinflussung der künftigen Entwicklung in Deutschland überhaupt zu verzichten. Die «demokratische» Bonner Verfassung sollte danach kurzerhand auf die Ostzone ausgedehnt werden; die Deutschen sollten grundsätzlich das nationale Selbstbestimmungsrecht zurückerhalten, unter Aufhebung der alliierten Militärregierungen und Einsetzung einer zivilen Viermächtekommission, die mit einfacher Stimmenmehrheit – also unter systematischer Überstimmung der Russen – beschließen würde; Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion, wie sie die Sowjetunion der deutschen Ostzone auferlegt hatte, sollten künftig verboten und alle Industrieunternehmungen, die von einer auswärtigen Macht – gemeint war natürlich wiederum die Sowjetunion – übernommen wurden, an Deutschland zurückgegeben werden. Nichts weiter!

Echte oder Trugdemokratie? Es ist klar, was diese Vorschläge bedeuteten. Sie waren wirklich Propagandadiplomatie und vor allem darauf berechnet, die nationale Freiheits- und Einheitsbewegung in Deutschland für die Sache der West-

alliierten nutzbar zu machen. Dies um so mehr, als die logische Konsequenz des britisch-französisch-amerikanischen Gegenvorschlags eigentlich die völlige Zurückziehung der militärischen Besetzungskräfte wäre und die Westmächte ja schon bisher den Deutschen immer wieder zu verstehen gegeben haben, daß sie sich für die Wiederherstellung der alten deutschen Ostgrenzen auf Kosten Polens und Rußlands einsetzen würden. Sachlich kamen die westmächtlichen Forderungen darauf hinaus, daß die in der deutschen Ostzone seit vier Jahren durchgeführten radikalen Reformen (Aufhebung des Großgrundbesitzes, Sozialisierungen, Schulreform, Umgestaltung des Gerichtswesens, Entfernung ehemaliger Nazi aus einflußreichen Stellen usw.) rückgängig gemacht und dafür das unter westalliierter Förderung geschaffene oder vielmehr wiederhergestellte Regime der Westzone – ein reaktionärer Kapitalismus mit demokratischer Fassade – auch auf den bisher russischen Besetzungsabschnitt übertragen werden sollte. Noch mehr: der Einfluß der Sowjetunion auf die weitere Gestaltung von Deutschlands Staats- und Wirtschaftsverfassung sollte so ziemlich ausgeschaltet und *ganz* Deutschland dem atlantischen Machtsystem angeschlossen werden. Der Pariser Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» sagt es (in Nr. 1103) mit dürren Worten:

«Damit wird den Russen eine außerordentlich weitgehende Konzession zugemutet. Nicht nur, daß sie bei der Einschaltung in die Kontrolle Westdeutschlands wenig gewinnen, auch die Ostzone würde ihrem Einfluß entgleiten, weil sich auch dort das Übergewicht der unter sich einigen Westmächte geltend machen müßte ... Von den Russen wird auch eine Verrechnung (ihrer bisherigen Bezüge aus Ostdeutschland) verlangt, die man beinahe als Reparationsleistung zugunsten der deutschen Wirtschaft bezeichnen könnte ... Hier würden die Russen also in der vorgeschlagenen Haute Commission aller Voraussicht nach stets auf die geschlossene Dreiviertelsmehrheit der Alliierten stoßen.»

Es ist verständlich, daß die Sowjetabordnung eine *solche* «Lösung» der deutschen Frage nicht annehmen konnte. Man stelle sich nur vor, die Russen hätten umgekehrt die Übertragung des «volksdemokratischen» Regimes der Ostzone auf Westdeutschland verlangt und durch Majorisierung in einem obersten Viererrat den Einfluß der Westmächte auf die deutsche Entwicklung tatsächlich auszuschalten versucht – was für ein Entrüstungssturm wäre da über die ganze westliche Welt hingebraust! Was aber den Westmächten recht ist, muß den Russen billig sein. Denn was du nicht willst, daß man dir tu', das füg auch keinem andern zu!

Aber würde – so wendet man vielleicht ein – die Angleichung der deutschen Ostzone an den Westen, wie sie die voraussichtliche Folge einer Anwendung der Bonner Verfassung auch im Osten wäre, nicht eben einfach eine im höchsten Grad wünschenswerte Ausdehnung der Demokratie bis an die polnische Grenze bedeuten? Nein, antworten wir mit aller Bestimmtheit; denn was jetzt in *West*deutschland besteht, das heißen wir nicht Demokratie, das ist höchstens demokratisch angestrichene kapitalistische Reaktion, verbunden mit einem unbelehrten und unbekehrten

alldeutschen Nationalismus, der schon morgen zu einem regelrecht neunazistischen Militarismus führen würde, wenn heute die alliierten Besatzungstruppen abzögen. Ja gewiß, auf dem bedruckten Papier nimmt sich die neue Verfassung äußerst freiheitlich und demokratisch aus; aber sogar das Zürcher «Volksrecht», das die demokratischen Formen verhängnisvoll überschätzt und deshalb die Übertragung der westdeutschen Verfassung auf die Ostzone lebhaft befürwortet, gibt zu: «Noch mehr als von der Weimarer Verfassung kann man von derjenigen von Bonn sagen, daß sie nicht im Volke verankert sei.» Und erst recht ist die westdeutsche «Demokratie» nicht in der Wirtschaft, in der Verwaltung, in der Justiz, in der Schule verankert. Was für den neuen westdeutschen Staat charakteristisch ist und sein Wesen bestimmt, das sind nicht die schönen demokratischen Grundsätze, die in seiner Verfassung stehen; es ist – entsprechend der aus der Praxis des bismarckschen Preußens gewonnenen Einsicht Lassalles, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind – die Tatsache, daß die entscheidende Macht, wie in der Wirtschaft, so auch im Staat nach wie vor bei der kapitalistisch-reaktionären Besitzer- und Unternehmerschicht konzentriert ist, die von der konservativen Bauernschaft, vom nationalistischen Mittelstand und von der katholischen Kirche unterstützt wird. Und solange sich am sozialen Aufbau und Gefüge Westdeutschlands nicht Grundlegendes ändert, besteht dringende Gefahr, daß es in der Bonner Republik wieder genau so gehen wird wie in der Weimarer Republik, deren demokratische Kulisse von der kapitalistisch-nationalistischen Reaktion nur als Schutzwand benützt wurde, hinter der sie *ihr* «neues» Deutschland aufbauen und Hitler in den Sattel heben konnte. Die Westmächte werden – wie schon einmal – ihre blauen Wunder an einer deutschen «Demokratie» erleben, die sie jetzt vermeintlich als Bollwerk und Sturmbock gegen den Kommunismus organisieren. Gewiß, der Kommunismus wird in dem von der Alliierten Gnade geschaffenen westdeutschen Staat eine Zeitlang an die Wand gedrückt werden[1] – mit ihm aber auch der Sozialismus und die Friedensbewegung. Und wenn dann die Zeit reif ist, reißt man auch die demokratische Fassade nieder, von der sich naive Leute im In- und Ausland täuschen ließen, und nimmt das große nationale Unternehmen, das man 1918 und 1945, «la rage au coeur», zweimal hatte fallen lassen müssen, zum dritten Mal wieder auf. So steht es in Wahrheit um die Bonner Demokratie!

---

[1] Die Handhabe dazu soll der Artikel 18 der Bonner Verfassung bieten, der bestimmt: «Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit, die Lehrfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, das Eigentums- oder das Asylrecht zum Kampfe gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.» Unseren Staatsschützlern zur Nachahmung empfohlen! Die Aushöhlung der politischen Demokratie durch *wirtschaftliche* Macht oder durch *geistige* und *geistliche* Beeinflussung (Schule, Kirche, Radio usw.) ist natürlich weiter möglich und wird denn auch, in «gesetzlichen» Formen», in großem Stil geübt.

Und dieses Regime hätte nun also nach dem Vorschlag der Westmächte auch auf Ostdeutschland übertragen werden sollen, statt daß man mit allen Kräften daran ginge, vor allem einmal Westdeutschland wirklich zu demokratisieren? Nein, danke! Es ist nun eben einfach so: Wo die politische Demokratie bisher noch nicht bestanden hat, da kann sie auch nicht durch Parlamentsbeschluß oder sonstwie «eingeführt» werden, ohne daß mindestens gleichzeitig auch die geistigen und wirtschaftlich-sozialen *Voraussetzungen* geschaffen werden, auf denen sie ruhen kann, und die auch in Westeuropa und Amerika da sein mußten, damit die Demokratie aufkommen konnte. Andernfalls bleibt eine demokratische Verfassung nur Schein, ja Trug und Lüge, und wird einfach zum Werkzeug konservativer und rückschrittlicher Kräfte für die Verhinderung des Sozialismus und die Zerstörung der Ansätze dazu. Bloß fromme Wünsche für die Unterbauung der politischen Demokratie von der Wirtschaft her zu äußern, ohne der *Macht* zu ihrer Verwirklichung sicher zu sein, gleichzeitig aber doktrinär-abstrakt eine demokratische Verfassung sozusagen in die Luft hinauszubauen, heißt nicht anderes, als den Staat den Feinden von Demokratie und Sozialismus ausliefern. Wenn es schon wahr ist, daß es keinen Sozialismus gibt ohne Demokratie, so ist nicht weniger wahr, daß es auch keine Demokratie gibt ohne Sozialismus[2]!

Biegen oder brechen? Die Westmächte kümmern sich natürlich nicht um solche Wahrheiten. Sie erklären einfach die Russen der Sabotage des Friedens schuldig, wenn sie nicht den Frieden, den *sie* meinen, annehmen, während sie einen neuen Triumph ihrer Druck- und Drohpolitik feiern würden, wenn die Sowjetunion ihre Friedensbedingungen wirklich annähme. Ob aber eine solche Haltung, die es auf Biegen und Brechen ankommen lassen will, wirklich klug ist?

Wir glauben nicht. Zunächst liegt es ja auf der Hand, daß aus der *Mobilisierung des deutschen Nationalismus*, wie sie nicht nur die Russen mit ihrer inoffiziellen Propaganda (durch den Deutschen Volkskongreß z. B.), sondern auch die Westmächte mit ihrer Konferenzdiplomatie und

---

[2] Das gilt auch für die neuen *osteuropäischen* Staaten. Über «Wahlkomödien» in den «Volksdemokratien» zu schnöden und zu witzeln, ist äußerst billig. Man ignoriert dabei nur die Tatsache, daß sogenannte freie Wahlen in diesen Ländern unter den heutigen Umständen in erster Linie den alten reaktionären Mächten nützen würden, und die Sympathie mit diesen Mächten ist ja auch der Hauptgrund dafür, daß man in den kapitalistischen Demokratien so sehr für die Freiheit und die Menschenrechte der Ostvölker erglüht – nicht etwa Begeisterung für Freiheit und Menschenrechte an sich, für deren Verwirklichung man bei sich selbst zu Hause noch einen sehr großen Spielraum hätte. Man weiß eben sehr wohl, daß der Einfluß der alten Herrenschichten, daß die Macht des Großgrundbesitzes, des Kapitalismus und der katholischen Kirche in den Ostländern noch immer stark genug nachwirkt, um eine wirklich freie Willensbildung im Volk unmöglich zu machen. *Ohne* freie Willensbildung gibt es aber auch keine Demokratie, die ihren Namen verdient.

ihrer ganzen Deutschlandpolitik betreiben, die gefährlichsten Folgen haben kann. Freda Kirchwey warnte schon vor Beginn der Pariser Verhandlungen in der «Nation» (vom 7. Mai):

«Das gefährliche, vielleicht verhängnisvolle Element in den kommenden Verhandlungen ist tatsächlich dieser rücksichtslose Wettbewerb um Deutschlands Gunst zwischen Rußland und dem Westen ... Er wäre bös genug unter allen Umständen; er ist doppelt bös jetzt, da die Macht Deutschlands im Steigen ist und wichtige politische und industrielle Posten in die Hände von Reaktionären und Neunazis – wie von Altnazis – gekommen sind, deren einziges Ziel ist, ihre eigene und Deutschlands Herrschaft wieder aufzurichten. Die Nationalisten sind in jeder Zone, eingeschlossen die russische, begünstigt worden[3]. Auch unter den gemäßigten Parteien haben der Druck der Besetzung und die Drohung einer Teilung des Landes Menschen und Gruppen obenaufgebracht, die bereit sind, für ein mächtiges, geeintes Deutschland zu kämpfen ... Die Sozialdemokratische Partei im Westen ist zahlenmäßig stark, aber der amerikanische Widerstand gegen das ganze sozialistische Programm und die amerikanische Unterstützung für die Rechte hat die Partei um ihre Bedeutung als ‚dritte Kraft' gebracht und ihre nationalistischeren Elemente gestärkt.»

Das wird noch deutlicher werden in dem Maße, da die westmächtliche Konferenzstrategie neues Wasser auf die alldeutschen Mühlen leiten und die Bewegung für volle Einigung Deutschlands und Wiedergewinnung der verlorenen Ostprovinzen ermutigen wird. Empfiehlt sich da der russische Vorschlag – vorerst einmal wirtschaftliche Einigung Deutschlands als das Höchstmaß des gegenwärtig Erreichbaren – nicht doch? Macht den Westmächten das Anwachsen der nationalistischen Strömung in Deutschland allmählich nicht doch etwas Sorge?

Zu diesen politischen Aussichten gesellen sich aber auch *wirtschaftliche* Entwicklungsmöglichkeiten, die wohl zu bedenken sind. Die amerikanische Wirtschaftshilfe an Europa wird nach dem bisherigen Plan im Jahr 1952 zu Ende gehen. Das große Dollardefizit der westeuropäischen Länder, das die Marshallhilfe ausgleichen soll, wird aber höchstwahrscheinlich weiterbestehen und nicht durch eine entsprechende Steigerung der Ausfuhr nach Amerika gedeckt werden können. An sich wäre es zwar möglich, die amerikanisch-westeuropäische Zahlungsbilanz durch die Erträgnisse neuer, umfassender Kapitalanlagen, welche die Vereinigten Staaten in Westeuropa vornähmen, auszugleichen; doch ist vorauszusehen, daß sich mindestens ein Teil der westeuropäischen Länder gegen

[3] Dazu ist immerhin zu bemerken, daß so herausfordernde Fälle wie die Rehabilitierung von Papens, Schachts und anderer Helfershelfer des Hitlertums in der Ostzone nicht vorgekommen sind. Auch Baron von Weizsäcker ist vor dem alliierten Militärgericht dank westmächtlichen Einflüssen sehr glimpflich weggekommen. Wie dieser ehemalige Gesandte Hitlers in Bern zur *Schweiz* eingestellt war, hat man neuerdings auch aus dem Prozeß Duttweiler – Öltrust erfahren, in dem enthüllt wurde, daß sich Herr von Weizsäcker gegenüber Oberstdivisionär Bircher bei einer Unterredung in Berlin höchst zornig über unsere Presse geäußert hat, die mit ihrer «unneutralen» Haltung – sie war also noch immer nicht genug geknebelt – dem Dritten Reich eigentlich durchaus das Recht zum Angriff auf die Schweiz gegeben habe. Und einem solchen Mann stellt Bundesrat Etter das Zeugnis aus, er sei ein aufrichtiger und warmer Freund der Schweiz gewesen! Wahrlich, wir werden von merkwürdigen Staatskünstlern regiert!

die damit verbundene Beschleunigung ihrer wirtschaftlichen Kolonisation durch Amerika heftig wehren würde. Und dann wird sich für Amerika eben die Frage stellen, ob es mit neuen Hilfeleistungen an Westeuropa in die Lücke springen will, um den Antisowjetblock wirtschaftlich zusammenzuhalten. Schon jetzt ist dieser Wille nicht mehr so fest wie noch vor einem Jahr; bereits hat der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses beantragt, die Hilfskredite an Europa für die nächste Periode um 15 Prozent zu kürzen. Dazu kommt die fortdauernde Schrumpfung der amerikanischen Wirtschaftstätigkeit, welche die Vereinigten Staaten die Last der Europahilfe zunehmend stärker empfinden lassen dürfte und im übrigen auch in Frankreich, Belgien, Westdeutschland, Italien usw. die Krisenerscheinungen und die Arbeitslosigkeit zu verschärfen droht. Amerika wird sich tatsächlich zu entscheiden haben, ob es mit wachsenden Opfern die «freie» Wirtschaft Westeuropas weiterhin stützen oder aber Westeuropa wirtschaftlich freigeben will, mit dem Ergebnis, daß sich dieses mehr und mehr sozialistisch orientiert und außerdem seine Handelsbeziehungen mit Osteuropa verdichtet, also damit die Macht des Sowjetblocks stärkt. Die Versuchung wird für Amerika nicht gering sein, aus diesem Zwiespalt durch eine Gewaltlösung herauszukommen, zumal eine endlose Fortsetzung des «kalten Krieges» Westeuropa ja doch niemals zur Genesung kommen lassen wird, während die Sowjetunion trotz allen Schwierigkeiten wirtschaftlich sicher den längeren Atem hat. Bleibt also den Westmächten schließlich doch nichts anderes übrig, als mit Rußland eine wirkliche Verständigung zu suchen, um nicht dem Wahnsinn des Atomkrieges zu verfallen[4]? Sicherlich, sofern nicht schon jetzt diejenige Strömung die Oberhand besitzt, als deren Vertreter ein höherer amerikanischer Offizier in Berlin einem Mitarbeiter der «Weltwoche» auseinandergesetzt hat, daß die «große Schwenkung» der russischen Politik, die

[4] Man hat mit Recht den früheren amerikanischen Wehrmachtsminister *Forrestal*, der sich in geistiger Umnachtung 16 Stockwerke tief aus dem Fenster gestürzt hat, eines der ersten Opfer des drohenden Atomkrieges genannt. – Der Fall Forrestal ist eine Einzeltragödie. Aber wieviele Forrestals laufen sonst noch in Amerika und anderswo herum, die, robuster als der Urheber der Atombombenversuche von Bikini und Miterfinder der «künstlichen Monde», von denen aus Rußland bombardiert werden soll, an solchem Pläneschmieden nicht zerbrechen und unbeirrt die große Züchtigung vorbereiten, die sie dem «Menschheitsfeind Nr. 1» zugedacht haben? Résistez!

Der Volkswiderstand gegen den Krieg wird um so mehr zu einer Notwendigkeit, als von diplomatischen Verhandlungen, Konferenzen,, Allianzen u. dergl. je länger je weniger zu erwarten ist. Auch die Pariser Viermächtekonferenz droht, so wie sie sich im Augenblick der Durchsicht der Korrekturbogen für die «Weltrundschau» darstellt, im ganzen wieder mit einem Mißerfolg zu enden. Die gleichen Gegensätze, die in der Frage der Einigung Deutschlands hervortraten, machten auch eine politische Einigung *Berlins* unmöglich. Wiederum verlangten die Westmächte die «Demokratisierung» ganz Berlins mit Aufhebung des russischen Vetorechts gegenüber Beschlüssen der Stadtverwaltung, und wiederum wollten die Russen dieses Recht behalten, mit gleichzeitiger Sicherung der Macht der Sozialistischen Einheitspartei im Ostsektor durch Zerlegung Berlins in *zwei* Wahlkreise mit gleichviel Abgeordneten, trotz dem Bevölkerungsunterschied. Solange keine politische Verständigung über Gesamtdeutschland erzielt ist, fehlt

jetzt im Gang sei, nur darauf berechnet sei, die Westmächte einzuschläfern. Wenn dieses Manöver gelinge, dann würden die Völker überall aufatmen und glücklich sein, daß man mit Rußland friedlich zusammenarbeiten könne. «Die Atlantikfront wird allmählich abbröckeln und sich in ihre Bestandteile auflösen. In ein oder zwei Jahren wird es dann keinen Atlantikpakt mehr geben, niemand wird mehr von der Möglichkeit eines Krieges reden, und alle werden sehr glücklich sein. Und wie lange wird das dauern? Fünf Jahre? Zehn Jahre – bis Rußland losschlägt?» Wird es gelingen, diese so ungeheuer weit verbreitete Denkweise, die die eigentliche Kriegsgefahr darstellt, rechtzeitig zu überwinden?

Vermittlung in Griechenland? Daß die bisherige Linie der westmächtlichen Politik mehr und mehr in eine Sackgasse führt, ersieht man auch aus der Entwicklung der Dinge in *Griechenland*. Der «New Statesman» mahnt mit Recht:

«Es ist für Bevin hohe Zeit, anzuerkennen, daß das Tun der Engländer und Amerikaner in Griechenland nicht der Verteidigung der Demokratie gegen den Totalitarismus gilt, sondern der Stützung eines Regimes, das die Diktatur Metaxas in neuer und blutigerer Auflage weiterführt. (Seit Beginn der neuen Ära sind mindestens 2500 Angehörige der Opposition hingerichtet und 400 000 ins Gefängnis gesteckt worden. H.K.) Unfähig, unter Bedingungen, die irgendwie für eine Demokratie annehmbar sind, ‚den Frieden zu gewinnen', hat es sich jetzt ebenso unfähig erwiesen, den Krieg zu gewinnen. Die Guerillas sind heute ebenso stark wie vor einem Jahr; die Diktatur wird, wie ihre verzweifelten Rufe um weitere militärische Hilfe vom Westen beweisen, immer schwächer. Wenn sich die britischen und amerikanischen Streitkräfte zurückzögen, dürften die Guerillas gewinnen; es gibt beispielsweise Anzeichen, daß die Athener Armee den Krieg nicht mehr mit ungebrochenem Kampfgeist oder mit Hoffnung auf Erfolg weiterführt.»

Das Chaos, das aus einer Verlängerung des Bürgerkrieges droht, und die unsäglichen Leiden, die er schon bisher über das griechische Volk ge-

---

nicht nur jede Grundlage für einen Friedensvertrag, wie ihn Wyschinski merkwürdigerweise vorschlug, sondern wird eben auch Berlin politisch gespalten bleiben und höchstens eine wirtschaftliche Einigung der beiden Stadtsektoren möglich sein, wobei die Sowjetunion darauf abzielt, Berlin als Teil Ostdeutschlands wirtschaftlich in *ihre* Hand zu bekommen. Das steht auch hinter dem Westberliner Eisenbahnerstreik, nicht die Lohnfrage als solche, die leicht zu lösen wäre, wenn über das Wirtschaftsregime für Berlin *als ganzes* Einigkeit bestünde.

Und eine Verständigung allein über *Berlin* ist bisher ebenfalls nicht möglich gewesen, obwohl der Vorschlag der Westmächte – mit bestimmten Vorbehalten zur Verhinderung einer Majorisierung der Russen und der von ihnen protegierten Sozialistischen Einheitspartei – auch für die Sowjetunion hätte annehmbar sein sollen. Die Selbstverwaltung Berlins sollte wirklich soweit als nur möglich wiederhergestellt werden. Aber welche Frage auch aufs Tapet gebracht wird: die einfachsten und zwingendsten Fortschritte scheitern immer wieder an dem vorerst heillosen gegenseitigen Mißtrauen. Der Bann kann nur durch eine Tat des *Glaubens* gebrochen werden, wie sie etwa eine einseitige Rüstungsverminderung darstellen würde oder auch die Ausführung des Vorschlags, den der Engländer Stuart Morris macht: großzügige Wirtschaftshilfe Amerikas an die osteuropäischen Länder, ohne Furcht vor den Folgen (siehe «Friedensbote», Organ der deutschen Kriegsdienstgegner, Mai 1949).

bracht hat, rechtfertigen vollauf die unausgesetzten Bemühungen der Partisanen, zu einem anständigen Friedensschluß zu kommen. Auch der russische Vertreter im Sicherheitsrat, Gromyko, sowie der Präsident der letzten UNO-Versammlung selbst, der Australier Evatt, haben Vorstöße in dieser Richtung unternommen und Vorschläge gemacht, die auch mit dem besten Willen nicht als auf einen kommunistischen Umsturz abzielend diskreditiert werden konnten. Die Vertreter Großbritanniens und Amerikas haben sie dennoch abgelehnt, weil sie . . . eine unbefugte «Einmischung in die inneren Angelegenheiten Griechenlands» darstellten . . . Wie wenn sich die genannten beiden Staaten nicht seit vier Jahren unausgesetzt in diese Angelegenheiten einmischten! Kann man die Heuchelei – und die Verblendung – eigentlich noch weitertreiben?

Die Revolution im Fernen Osten Mittlerweile bereitet sich wenigstens in *Indonesien* eine Wendung zum Besseren vor. Die holländische Regierung scheint eingesehen zu haben, daß sie sich mit ihrem zur Weihnachtszeit 1948 ausgelösten Blitzkrieg in ein aussichtsloses Abenteuer verrannt hat. Sie hat den Indonesiern wohl schwere Verluste beibringen können (allein in den ersten zwei Monaten der «Polizeiaktion» sind 20 000 indonesische Soldaten gefallen, gegen 500 holländische) und ihr Land furchtbar verwüstet, aber über die größeren Städte und Hauptverkehrsstraßen hinaus reicht die Herrschaft der holländischen Armee noch heute nicht. Und vollends an der diplomatischen Front hat Den Haag eine Demütigung nach der anderen einstecken müssen, so daß er sich nunmehr, unter Opferung des bisherigen Oberkommissars für Indonesien, Dr. Beel, doch endlich bereitgefunden hat, sich mit den Vertretern der ehemaligen Indonesischen Republik an den Verhandlungstisch zu setzen. Hoffen wir nur, daß die schlechten Erfahrungen, welche die Indonesier in der Vergangenheit mit der holländischen Vertragsloyalität gemacht haben, sich nicht wiederholen, vielmehr Mittel und Wege gefunden werden, die, unter Wahrung berechtigter holländischer Interessen, die Indonesier einen Schritt weiter ihrem Ziel wirklicher nationaler Selbstregierung und sozialer Befreiung entgegenführen werden!

Gleichzeitig geht die nationale und soziale Revolution in *China* in gewaltigen Sprüngen vorwärts. Schanghai, die riesige Handelsmetropole des Fernen Ostens, ist nun ebenfalls in der Hand der Kommunisten, und wie lange wird es gehen, bis die Volksarmeen, deren musterhaftes Auftreten allgemein gerühmt wird, auch Canton, die Hauptstadt Südchinas, eingenommen haben und damit vor Hongkong, dem letzten Bollwerk des westlichen Imperialismus in China, stehen?

Es bleibt nur zu wünschen, daß sich an Hongkong, das militärisch ja nicht zu halten wäre, nicht ein gefährlicher Konflikt des neuen Chinas mit Großbritannien und Amerika entzünde, scheint man doch in London, unterstützt durch Washington, entschlossen zu sein, aus Hongkong ein

«Berlin des Fernen Ostens» zu machen, falls die chinesischen Kommunisten es sich einfallen ließen, den Engländern dessen Besitz zu bestreiten. Auch unsere wackere «Neue Zürcher Zeitung» redet den Großmächten zu, sie möchten sich doch auf eine aktive Politik in China einigen und «dem Vormarsch des Kommunismus im Fernen Osten mit Machtmitteln Einhalt gebieten». Werden wir aber wirklich erleben müssen, daß der machtpolitisch-militärische Antikommunismus und Interventionismus auch hier auf seine Art Demokratie und freie Wirtschaft verteidigt? Die bisherigen Ergebnisse dieser Politik sollten die Westmächte doch wahrlich vorsichtig machen. Schon die Japaner sind damit nicht gut gefahren. Anna Louise *Strong* erinnert uns in ihrem so lebendigen Büchlein «Tomorrows China» («Das China von morgen») zur rechten Zeit an die Tatsachen:

> «Der japanische Krieg gab den chinesischen Kommunisten die Möglichkeit, Nordchina und die Mandschurei zu erobern. Das war eine geschichtliche Ironie, sagten die Japaner doch, sie seien gekommen, um China vor dem Kommunismus zu retten. Aber durch den Krieg gegen die Japaner wurden die kommunistischen Gebiete nur ausgedehnter. Als der japanische Krieg begann, hatten die Kommunisten lediglich einen unfruchtbaren Landstrich im Nordwesten, etwa 33 000 Quadratmeilen mit 1½ Millionen Menschen. Als er aufhörte, hatten sie mehr als 800 000 Quadratmeilen mit 140 Millionen Menschen.»

Die Amerikaner machten mit *ihrer* Intervention womöglich noch schlechtere Geschäfte. Heute stehen mindestens 200 Millionen Chinesen unter kommunistischem Regime, und man kann schon den Tag voraussehen, da das ganze «Reich der Mitte» mit seinen 450 Millionen Einwohnern kommunistisch sein wird. Owen *Lattimore*, der dank jahrzehntelanger Beschäftigung mit den asiatischen Problemen zu einem der ersten amerikanischen Sachkenner auf diesem Gebiete geworden ist, rät denn auch seinen Landsleuten in seinem Buch «Die Lage in Asien» (das ich freilich nur aus zweiter Hand kenne) dringend, ihre Politik der Unterstützung antikommunistischer Bewegungen und Regierungen aufzugeben. Damit möge man in Westeuropa Erfolg haben, wo eine Menge Leute keinerlei radikale politische und soziale Neuerungen wünschten; in Asien, wo riesige Menschenmassen noch immer in tiefster Armut lebten, wirke der Antikommunismus auf keinen Fall, und die amerikanische Politik gehe dort, wenn sie fortgesetzt werde, nicht nur einem gründlichen Mißerfolg entgegen, sondern mache die Vereinigten Staaten auch zunehmend verhaßt und erzeuge immer mehr Kommunisten. Lattimore glaubt zwar auch nicht, daß die Sowjetunion maßgebenden Einfluß in China bekommen werde, wie überhaupt der Kommunismus nur *eine* der revolutionären Kräfte sei, die jetzt China und Südasien aufwühlen. Aber China werde auf alle Fälle den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten mehr und mehr entgleiten, und nur wenn sich Amerika entschlossen auf die Seite der jungen, so unendlich hoffnungsfrohen Kräfte stelle, die Asien von Grund auf umzugestalten im Begriffe stünden, werde es auch für sich selbst etwas zu hoffen und zu gewinnen haben.

Reaktion - Sozialismus - Kommunismus Was aber für China, das gilt auch für die kriegerische und mit Krieg drohende Bekämpfung des Kommunismus ganz allgemein, besonders in Europa. Die bewaffnete und «kalte» Intervention der Westmächte gegen die Sowjetunion nach 1917 hat nur die kommunistische Diktatur verhärtet und verschärft – als Gegenwehr von innen gegen die Bedrohung von außen. Wohin Hitlers und Mussolinis Kampf gegen den Bolschewismus geführt hat, weiß man auch: die Russen stehen heute in Berlin, und in Italien sind die größte Partei die Kommunisten. Vom Bankerott des Antikommunismus in Griechenland haben wir vorhin geredet – ja, glaubt man wirklich, der von Amerika angeführte Antikommunismus und Antisowjetismus werde im gesamten einen besseren Erfolg haben? Alle Wahrscheinlichkeit spricht doch dafür, daß er, statt zum Triumph von Freiheit und Menschlichkeit, nur zu dauernder Stärkung der reaktionären Kräfte schon in der Periode des bewaffneten Friedens und schließlich zu einer neuen Kriegskatastrophe führen wird, von welcher so etwas wie mehr Freiheit und Menschlichkeit zu erwarten nur vollkommene Narren imstande sind.

Es wäre schon viel gewonnen, wenn das wenigstens einmal die *sozialistischen* Parteien erkennen würden, deren rechter Flügel überall so willenlos im Heerbann des amerikanischen Imperialismus mitmarschiert. Nur gewollte Blindheit für offenbare Tatsachen kann ja noch bestreiten, daß die kapitalistischen Mächte in den Vereinigten Staaten seit Kriegsende, so wie sie im eigenen Lande den Klassenkampf wieder aufgenommen und eine sozial wie politisch rückläufige Bewegung in Gang gesetzt haben, auch in der Welt draußen allerorten die Reaktion und die Gegenrevolution begünstigen und planmäßig zugunsten der Erhaltung oder Wiederherstellung, ja Ausdehnung des kapitalistischen Regimes und gegen die Verwirklichung sozialistischer (nicht nur kommunistischer!) Wirtschafts- und Gesellschaftsformen intervenieren. Trumandoktrin, Marshallplan[5] und Atlantikpakt haben *hier* ihren Ursprung; Amerikas Deutschland- und Spanienpolitik – um nur auf sie hinzuweisen – ist von *diesem* Streben beherrscht. Was insbesondere *Franco-Spanien* betrifft, so

[5] Der westdeutsche Wirtschaftsdirektor Professor Erhard hat von einer Reise nach Amerika die bestimmte Überzeugung mitgebracht, «daß Washington gewillt ist, die Marshallplanhilfe in zunehmendem Maße ihrer planwirtschaftlichen Attribute zu entledigen und sie in die Bahnen wirtschaftlicher Freizügigkeit zu leiten». Und tatsächlich dreht sich die jetzt in Paris stattfindende Tagung des Ausschusses der Marshallplan-Organisation darum, «ob die europäische Wirtschaft schrittweise einer freiheitlicheren, nach dem Markte sich orientierenden Struktur entgegengeführt werden oder ob sie im Sumpf planwirtschaftlicher Maßnahmen stecken bleiben» solle, wie sich der Pariser Handelskorrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» so schön ausdrückt. Die Amerikaner, so meint er, sähen den Marshallplan nur als Werkzeug einer Politik an, «die es Europa ermöglichen soll, sich nach und nach wieder zum freien Markt und zur Konkurrenzwirtschaft – *wir* sagen unverblümt: zum reinen Kapitalismus – durchzuringen». Wie vor solchen handgreiflichen Tatsachen Sozialdemokraten und Gewerkschafter immer noch den Kopf in den Sand stecken können, ist schwer zu erklären.

hat es zwar, infolge eines Restes von demokratischem Schamgefühl bei gewissen Regierungen, an der jüngsten Versammlung der Vereinten Nationen nicht zu der erforderlichen Zweidrittelsmehrheit für die Empfehlung einer Wiederherstellung der vollen diplomatischen Vertretung der UNO-Staaten in Madrid gereicht, aber das ändert dennoch nichts daran, daß der Plan, Franco-Spanien in die «Gemeinschaft der freien Völker» zurückzuführen, sehr zielbewußt weiterverfolgt wird. Alvarez del Vayo, der ehemalige Außenminister des republikanischen Spaniens, stellt denn auch mit nur zu begreiflicher Bitterkeit in der «Nation» fest:

«Die Debatte (an der UNO-Versammlung) wird *ein* Ergebnis haben, das zu übersehen sich kein Amerikaner leisten kann: es wird die Vereinigten Staaten jeglichen Anspruches berauben, als Vorkämpfer der Demokratie in internationalen Angelegenheiten aufzutreten ... Für den Atlantikbund muß man einen neuen Namen finden. Vielleicht kann man ihn Antikominformpakt heißen. Wir wollen aber einmal ehrlich sein und darauf verzichten, ein unter Führung der drei Westmächte abgeschlossenes Bündnis als ein Unternehmen zur Verteidigung der Demokratie zu bezeichnen. Anhänger des Paktes können nicht von Demokratie reden, wenn drei Wochen nach seiner Unterzeichnung die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich zusammenspannen, um das Glück der letzten lebenden faschistischen Diktatur zu befördern.»

Es hat gar keinen Wert, die Schuld an der wachsenden Macht der internationalen Reaktion den *Kommunisten* zuzuschieben. Die Verantwortung und die Fehler der Kommunisten in allen Ehren – aber solange die Rechtssozialdemokraten nicht *ihre* Fehler und *ihre* Verantwortung sehen, solange sie aus sturem Antikommunismus fröhlich im Kielwasser der atlantischen Machtpolitik dahintreiben, haben sie keinerlei Recht, die *anderen* anzuklagen. Mögen sie zuerst den Balken aus dem eigenen Auge ziehen! Wie vollständig ist doch beispielsweise das «sozialistische» *England* vom reaktionär-kapitalistischen Amerika abhängig! Man hat das neuerdings wieder peinlich klar an den Fällen Eisler und Zilliacus gesehen. Der von Amerika verfolgte deutsche Kommunist *Eisler* wird gegen alles Recht auf Verlangen des Londoner Außenministeriums (!), das seinerseits den Büttel des Washingtoner Staatsdepartements macht, von der britischen Polizei verhaftet und nur dank der Anständigkeit eines englischen Richters nicht wieder an Amerika ausgeliefert – zum großen Ärger derjenigen, die es «geradezu darauf angelegt haben, den Eindruck zu erzeugen, daß Großbritannien eine Kolonie ist, deren Regierung die Überlieferungen ihres eigenen Landes beiseite stoßen muß, wenn Amerika einen Wunsch äußert», wie der «New Statesman» in einer Aufwallung britischen Nationalstolzes bemerkt. Koni *Zilliacus* aber, einer der redlichsten, klarblickendsten und furchtlosesten Männer, über die England heute verfügt – seine finnische Abstammung diskreditiert ihn nur bei sehr engen «Patrioten» –, wird aus der Labourpartei ausgestoßen, weil er als Abgeordneter und Schriftsteller die arge, durch und durch unsozialistische Politik Bevins unermüdlich anprangert und zuletzt gar noch an dem von den Kommunisten einberufenen Pariser Friedenskongreß eine Rede gehalten hat, die in ihrer Sauberkeit und Unabhängigkeit zum

Besten gehört, was man überhaupt zur gegenwärtigen Weltlage sagen kann[6].

Erst recht zum Satelliten Amerikas ist *Frankreich* herabgesunken, wo folgerichtig der Kurs auch innenpolitisch immer weiter nach rechts gedrückt wird – Rückgängigmachung der Sozialisierung und Verschlechterung der Sozialversicherung sind gegenwärtig zwei Hauptziele der Rechten – und jetzt auch die Ausbootung der Sozialisten aus der Regierung droht. Komisch macht sich dabei nur der entrüstete Protest der französischen Rechtssozialdemokraten, der gleichen Leute also, welche die Verdrängung der *Kommunisten* aus der Regierung mit größtem Wohlgefallen begrüßt haben. Aber was will man? *Diese* Politiker haben eben nur noch *eine* echte Leidenschaft: den militanten Antikommunismus, den kopflosen Haß gegen eine Bewegung, von der sich allerdings diejenige Welt, zu der *sie* gehören, mit Grund bedroht fühlt. Gegenüber den Kommunisten wird ja von dieser Seite her aufs schärfste und rücksichtsloseste abgegrenzt – neuerdings auch durch die Exkommunizierung der von Nenni geführten italienischen Linkssozialisten, die freilich ihrerseits den grundsätzlichen Abstand von den Kommunisten nicht zu wahren wissen –, während die Grenzen nach dem Bürgertum zu mehr und mehr verschwimmen und für die Zusammenarbeit mit reaktionären Parteien (so in Italien, Frankreich, Belgien, Holland, Westdeutschland, Österreich) kaum mehr Entschuldigungen für nötig erachtet werden.

Daß der internationale Sozialismus, wenn er *dieser* Richtung folgt, moralisch und auch organisatorisch zugrundegehen wird, ist für mich schon seit vielen Jahren keine Frage mehr. Wenn sich die Sozialisten nicht immer wieder ernstlich auf das tiefste Wesen ihrer Sache besinnen, wenn sie immer nur behaglich in einem seichten Auchreformismus herumplätschern und sich «bedingungslos» zu einer Demokratie bekennen, die bis weit hinein kapitalistisch verderbt ist und vor allem den Zweck hat, den Durchbruch der Völker zum Sozialismus zu verhindern, dann helfen sie wirklich nur mit, die herrschende Gesellschaftsordnung zu konservieren, in welcher Freiheit in erster Linie die Freiheit des kapitalistischen Unternehmertums und die Losung vom Menschenrecht nur eine Propagandawaffe im Kampf gegen den Kommunismus ist. Dann wird zwar die soziale Revolution gewiß nicht ausbleiben, aber sie wird in einer Gestalt kommen, welche die neue Gesellschaft *ohne* den sittlichen Unterbau zu errichten sucht, der sie allein tragen kann – mit den primitiven Mitteln der rohen Gewalt und der mechanischen Gleichschaltung der Geister. Sollte das wirklich unser Schicksal sein und sich der «Untergang des Abendlandes» in *dieser* Form erfüllen?

8. Juni 1949. *Hugo Kramer.*

---

[6] Ein Auszug daraus ist in den Nummern 17–20 des «Zeitdienstes» (Postfach Zürich 38) erschienen. Unsere Tagespresse hat diese bedeutende Rede natürlich totgeschwiegen, dafür aber Zilliacus nach Kräften als kommunistenhörig schmähen und verleumden lassen.